

Bekanntmachung

Die 01. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport findet am Dienstag, den 16.01.2018 statt.

Beginn: 16:15 Uhr

Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 10. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport vom 28.11.2017 sowie der 11. Sitzung vom 13.12.2017
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1 Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2018/2019 der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0073/2017
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Einschulungszahlen für das Schuljahr 2018/2019
- 5 Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 7 Beratung zu aktuellen Themen - keine
- 8 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Maik Hofmann
Vorsitz

TOP Ö 2

Hansestadt Stralsund
Ausschuss für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport

Niederschrift der 11. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 13.12.2017
Beginn: 16:15 Uhr
Ende: 17:20 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Maik Hofmann

stellv. Vorsitzende/r

Herr Michael Philippen

Mitglieder

Frau Ute Bartel

Frau Nicole Dibbern

Frau Friederike Fechner

Frau Margret Schüler

Vertreter

Frau Corinna Cramer

Frau Brigitte Kraska-Röll

Vertretung für Frau Dr. Heike Carstensen

Vertretung für Herrn Maximilian Schwarz - bis
16:45 Uhr

Protokollführer

Frau Constanze Schütt

von der Verwaltung

Herr Andreas Pagels

Frau Gisela Steinfurt

Herr Jörn Tuttlies

Frau Jeannine Wolle

Gäste

Herr Matthias Laack

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 10. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport vom 28.11.2017 erfolgt in der nächsten Sitzung
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1 Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2018/2019 der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0073/2017
- 4 Beratung zu aktuellen Themen - keine

- 5 Verschiedenes
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport sind 8 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen und Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 10. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport vom 28.11.2017 erfolgt in der nächsten Sitzung

Die Niederschrift der 10. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport vom 28.11.2017 wird in der nächsten Sitzung bestätigt.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2018/2019 der Hansestadt Stralsund Vorlage: B 0073/2017

Frau Steinfurt informiert, dass die Bürgerschaft im Jahr 2014 den Beschluss fasste, ab dem Haushaltsjahr 2019/20 einen Doppelhaushalt vorzulegen. Dieser Beschluss wurde nun vorzeitig erfüllt, da im Jahr 2019 die Kommunalwahl ansteht und man somit die neue Bürgerschaft nicht mit dem ersten Haushalt schon gebunden hat.

Weiter werden in der Verwaltung Kapazitäten frei, da ein 2. Haushaltsaufstellungsverfahren entfällt. Mit den frei werdenden Kapazitäten kann die Nachholung der Jahresabschlüsse begonnen werden.

Sie macht weiter deutlich, dass im zweiten Haushaltsjahr die vorläufige Haushaltsführung entfällt.

Zum vorliegenden Stellenplan erläutert sie, dass hier die Strukturänderungen der Verwaltung eingearbeitet wurden.

Weiter stellt Frau Steinfurt klar, dass bisher die Bände 1 und 2 vorliegen. Am Band 3 „Städtebauliches Sondervermögen“ wird derzeit noch gearbeitet.

Obwohl das neue Finanzausgleichsgesetz noch nicht beschlossen wurde, sind mit Hilfe des Orientierungserlasses des Innenministeriums alle notwendigen vorläufigen Zahlen zu Grunde gelegt worden.

Die Schlüsselzuweisungen steigen in den nächsten Jahren, dafür steigt jedoch auch die Kreisumlage, die die Hansestadt Stralsund zu begleichen hat.

Frau Steinfurt informiert, dass 2020 das Solidarpaket vom Bund ausläuft. Es werden jedoch weitere Zuweisungen vom Bund erfolgen.

Sie merkt an, dass es derzeit vielfältige Fördertöpfe gibt, die teilweise sehr unübersichtlich sind und es für jeden Einzelnen verschiedene Antragswege gibt. Dies soll in den kommenden Jahren vereinfacht werden. In diesem Bezug macht sie auf den Unterhaltungsrückstau aufmerksam, der nur durch verschiedene Förderungen aufgeholt werden kann.

Zum Ergebnishaushalt stellt sie klar, dass dieser ausgeglichen sein wird.

Der Saldo des Finanzhaushaltes wird positiv sein, aber es gilt die Tilgung zu beachten, die Fehlbeträge von 1,8 Mio. € im Jahr 2018 sowie 1,7 Mio. € im Jahr 2019 verursachen.

Die mit dem Land geschlossene Konsolidierungsvereinbarung läuft im Jahr 2017 aus. Die in Aussicht gestellten Finanzzuweisungen in Höhe von 10 Mio. € bei Erreichen des Konsolidierungszieles werden erst vollständig ausgereicht, wenn die fehlenden Jahresabschlüsse vorliegen.

Es wird versucht, in den nächsten Jahren einen Haushaltsausgleich zu schaffen, auch wenn er in der Planung 2018 noch nicht vorgelegt werden konnte.

Das Investitionsvolumen beträgt ohne städtebauliches Sondervermögen im Jahr 2018 26,5 Mio. € und im Jahr 2019 19,7 Mio. €. Mit dem dazugerechneten städtebaulichen Sondervermögen sind es dann 33,0 Mio. € in 2018 und 26,4 Mio. € in 2019.

Alle Investitionen werden weiter ohne Kreditneuaufnahmen aber mit großzügigen Förderungen möglich sein. Weiter wurde vom Innenministerium eine Sonderbedarfszuweisung in Höhe von 2,5 Mio. € zugesagt.

Die Verschuldung wird weiter abgebaut. Im Jahr 2008 lag diese bei 119,7 Mio. €. Im Jahr 2019 werden diese bei 80,5 Mio. € aus Investitionsvolumen liegen.

Frau Steinfurt informiert über die Investitionen zur Sanierung der Ferdinand-von-Schill-Schule. Diese wird aus Städtebaufördermittel und Eigenmittel finanziert.

Weitere Projekte sind die Orgel in der Kulturkirche, die Schaffung der Barrierefreiheit im Stralsund Museum, der Freizeitbereich an der Sundpromenade, der Beginn des Baus des Stadion Kupfermühle, die Sanierung der Futterküche und der Umbau des Südamerikahauses im Zoo Stralsund und der Erneuerung des Schulgebäudes, der Sporthalle und der Außenanlagen der Grundschule Juri-Gagarin.

Frau Steinfurt informiert, dass im Haushaltsjahr 2017 die Einnahmen aus Steuern erstmals über dem Planansatz liegen. Daher sind die Ansätze für die kommenden Jahre auch erhöht worden.

Zur Kulturabgabe teilt Frau Steinfurt mit, dass diese nunmehr im Bereich Steuern eingeordnet wurde. Der Planansatz ist bei 550T € angesetzt.

Die freiwilligen Ausgaben sind weiter auf dem Niveau der Vorjahre eingeplant worden.

Darin enthalten sind Zuschüsse an Kultureinrichtungen, sowie Zuschüsse im sozialen Bereich. Auch die Zuschüsse an das Theater steigen weiter an.

Neu geplant ist ein Zuschuss an die Kulturkirche St. Jacobi in Höhe von 20T €

Bei den Sach- und Dienstleistungen ist ein stetiger Anstieg zu verzeichnen. In der Planung sind die Erhöhungen berücksichtigt worden.

Weiter stellt sie klar, dass der große Sanierungsstau weiter aufgeholt werden muss. Daher sind hier für verschiedene Projekte an der Marie-Curie-Schule, an der Adolf-Diesterweg-Schule, der Kita Lütt Matten, dem Theater, dem Marinemuseum und den Sporthallen Sporthalle Rosa-Luxemburg und Brunnenau Gelder in den Haushalt eingestellt worden.

Weiter muss ein Austausch von Rauchmeldern in verschiedenen Verwaltungsgebäuden erfolgen.

Frau Steinfurt geht weiter auf die Anpassungen bei Gebührenentgelten ein. Im Stralsund Museum sind die Entgelte gesenkt worden, da dort weiter saniert wird und somit für den Besucher nicht immer die ganze Ausstellung zur Verfügung steht.

Im Zoo sind die Einnahmen gestiegen, daher konnten dies in den Planungen für die nächsten Jahre ebenso berücksichtigt werden.

Bei der Musikschule wurde die Planung reduziert, da es auch weiterhin keine geänderte Gebührenordnung gibt.

Im Stellenplan waren im Jahr 2017 608 Planstellen ausgewiesen. Im Plan 2018 werden es 603 Planstellen sein.

Die Schwerpunkte für die nächsten Jahre sind die Erstellung der Jahresabschlüsse ab dem Jahr 2011. Der erste fertige Jahresabschluss soll Anfang 2018 dem Rechnungsprüfungsausschuss übergeben werden.

Frau Bartel erfragt, ob es im Haushalt Veränderungen von Stellenbesetzungen gibt, die den Ausschuss betreffen.

Dazu führt Frau Wolle aus, dass in der neuen Abteilung Kultur und Öffentlichkeitsarbeit die Stellen Kulturmanagement und Social-Media- und Online-Redaktion geschaffen wurden. Bei der zweiten Stelle handelt es sich nur um eine Umwidmung.

Die Besetzung einer Stelle im Marinemuseum erfolgte schon in diesem Jahr.

Frau Steinfurt ergänzt, dass in der Verwaltungsbibliothek eine Stelle entfallen ist.

Auf Nachfrage von Frau Fechner verdeutlicht Frau Steinfurt, dass es sich im Marinemuseum um eine neue Stelle handelt. Weiter werden dort im kommenden Jahr Unterhaltungsmaßnahmen durchgeführt.

Herr Pagels präzisiert, dass im Haus 12 eine Komplettsanierung des Daches für 20T € geplant ist. Weiter werden kleinere Maßnahmen, wie die Erneuerung des Zaunes und die Verbesserung der technischen Überwachung durchgeführt. Die Gesamtkosten werden sich auf insgesamt 40T€ unter Vorgabe der Denkmalpflege belaufen.

Frau Wolle ergänzt, dass die Stelle im Marinemuseum die Besucherbetreuung umfasst.

Herr Philippen ist der Meinung, dass nicht mehr Förderung vom Land in den kommenden Jahren zu erwarten ist. Trotzdem sieht die Haushaltsplanung positiv aus.

Er fragt, welche Meinung die Hansestadt zu den städtischen Gesellschaften und deren Gewinnanteile hat.

Dazu führt Frau Steinfurt aus, dass die Gewinnanteile in den nächsten Jahren in der Planung reduziert wurden. Die Gewinnanteile der SWG wurden jedoch erhöht.

Im investiven Bereich wurde viel mit Fördermitteln geplant, die natürlich unsicher sind.

Herr Philippen erfragt, wie es sich mit dem Investitionsstau verhält und ob die Planungen realistisch angesetzt sind. Er verweist auf die gestiegenen Baupreise.

Dazu verdeutlicht Herr Tuttlies, dass alle Planansätze auch notwendig sind und die Maßnahmen zwingend durchgeführt werden müssen.

Herr Tuttlies fasst zusammen, dass alle Verwaltungsgebäude in saniertem Zustand sind. Für das Gebäude Heilgeiststraße ist die Erneuerung der Fenster eingeplant.

Bei den Grundschulen muss die Schule in Andershof mit laufenden Unterhaltungen verbessert werden.

Bei den Kultureinrichtungen bleibt der 2. Abschnitt im Stralsund Museum und das Johanniskloster, welche noch saniert werden müssen.

Dafür liegen Konzepte vor.

Bei den Sozialeinrichtungen handelt es sich um Kindergärten und Horte, die teilweise saniert werden müssen. Dafür gibt es Überlegungen, wann welche Gebäude geplant werden, um letztlich bei der laufenden Unterhaltung anzugelangen.

An Masse liegt der größte Sanierungsstau bei den Sportstätten. Der Planansatz im Jahr 2018 ist hier auf dem Niveau von 2017 geblieben.

Herr Philippen erfragt, ob der Stellenplan ausreichend für die Bereiche Amt 20, 40 und 70 ist. Frau Steinfurt verdeutlicht, dass es derzeit schwierig ist, geeignetes Personal zu finden. Durch die jahrelange Belastung ist die Fluktuation sehr hoch. Bei internen Ausschreibungen nimmt ein Amt dem anderen das Personal weg. Für die Neueinführung der Umsatzsteuer müssen neue Planstellen geschaffen werden. Hierfür wird spezielles Personal benötigt.

Herr Tuttlies teilt für seinen Bereich mit, dass es keine „KW“-Vermerke und keine neuen Stellen geben wird. Weiter erfolgt eine Aufgabenverdichtung in vielen Bereichen.

Auf die Nachfrage von Frau Dibbern erläutert Frau Steinfurt, dass die Konsolidierungsvereinbarung im Jahr 2014 in Höhe von 10,5 Mio. € geschlossen wurde. Es war festgehalten, dass im Zeitraum 2014 bis 2017 verschiedene Teilziele zu erreichen sind, um die Auszahlung zu erhalten. Da das Ziel der abgeschlossenen Jahresabschlüsse nicht vorliegt, werden die Gelder vorerst nicht ausgereicht.

Frau Wolle ergänzt, dass das Personal die Öffnungszeiten abdeckt. Der Aufsichtsdienst in den Museen erfolgt über externe MAE-Maßnahmen und Bufdi-Stellen. Planstellen werden bei aktuellen Bedarfen beantragt. Auch in diesem Bereich wird eine Aufgabenverdichtung vorgenommen.

Herr Hofmann stellt den Antrag, die Vorlage bis zur Sitzung am 16.01.2018 zu vertagen.

Er lässt über den Antrag abstimmen:
Abstimmung: einstimmig zugestimmt

Die Vorlage wird in der Sitzung am 16.01.2018 erneut beraten.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen - keine

Es liegen keine Themen zur Beratung vor.

zu 5 Verschiedenes

Frau Bartel erfragt, wie der Stand der neuen Schülerzahlen ist. Das Thema wird in der Sitzung am 16.01.2018 auf die Tagesordnung gesetzt.

Herr Hofmann bittet darum, weitere Themen an den Gremiendienst, Frau Schütt, zu schicken.

Frau Schüler erfragt, was mit dem Gebäude der ehemaligen Kinderbibliothek vorgesehen ist. Dazu erläutert Herr Tuttlies, dass das Gebäude weiter intern genutzt wird, um Ersatzlösungen zu schaffen, wenn Gebäude saniert werden und die Mitarbeiter ausziehen müssen.

Auf weitere Nachfrage von Frau Schüler erläutert Herr Hofmann, dass im Sportbad einige Bereiche saniert werden und gute Fortschritte zu erkennen sind. Herr Tuttlies fasst zusammen, dass der Sprungturm und die Sprungbeckenabgründung fertig gestellt sind. Die Duschen werden derzeit saniert. Bis 20.01.2018 sollen diese Teilbereiche fertig gestellt sein. Größere Sanierungen sind noch in Planung.

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

**zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen
aus dem nichtöffentlichen Teil**

Der Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt die Beratungsergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung bekannt.

gez. Maik Hofmann
Vorsitzender

gez. Constanze Schütt
Protokollführung

TOP Ö 2

Hansestadt Stralsund
Ausschuss für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport

Niederschrift der 10. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport

Sitzungsdatum: Dienstag, den 28.11.2017
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:00 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Kollegiensaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Maik Hofmann

stellv. Vorsitzende/r

Herr Michael Philippen

Mitglieder

Frau Ute Bartel
Frau Dr. Heike Carstensen
Frau Nicole Dibbern
Frau Friederike Fechner
Frau Margret Schüler
Herr Maximilian Schwarz

Vertreter

Frau Kathrin Ruhnke

Vertretung für Frau Ann Christin von
Allwörden

Protokollführer

Frau Constanze Schütt

von der Verwaltung

Frau Stefanie Schmidt
Herr Jörn Tuttlies
Frau Steffi Behrendt
Frau Jeannine Wolle

Gäste

Herr Jörg Mattern

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 09. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport vom 10.10.2017
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Auswertung Rundgang Weihnachtsmarkt

- 4.2 Sportlerehrung in der Hansestadt Stralsund
Einreicher: Herr Maik Hofmann, als Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport
Vorlage: AN 0074/2017
- 4.3 Sportförderrichtlinie
- 5 Verschiedenes
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.
Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen und Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 09. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport vom 10.10.2017

Die Niederschrift der 09. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport vom 10.10.2017 wird ohne Änderungen/ Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Vorlagen zur Beratung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Auswertung Rundgang Weihnachtsmarkt

Frau Schüler merkt an, dass der Stand mit den Losen auf dem Alten Markt ungewöhnlich ist, da diese Art von Ständen bisher auf dem Neuen Markt angesiedelt waren.

Frau Dibbern erkundigt sich über die Anzahl der Stände.

Herr Hofmann äußert, dass es in diesem Jahr mehr Stände und eine bessere Auslastung gibt. Es gab keine Ablehnungen von Bewerbern und der Markt wächst stetig. Weiter wird jetzt die Semlowerstraße mit einbezogen.

Finanziell gesehen ist es immer noch nicht ganz einfach, da die begehrte Eisbahn hohe Kosten verursacht. Es ist aber ein positiver Trend zu erkennen.

Frau Bartel ist aufgefallen, dass vor dem 1. Advent viele Skandinavier Stralsund besucht haben. Sie regt an, auch deren Bedürfnisse in die touristische Strategie einzubinden. Dazu ergänzt Frau Fechner, dass man schwedische Stände auf dem Weihnachtsmarkt integrieren könnte, um diese Gäste willkommen zu heißen.

Herr Hofmann weist darauf hin, dass dieser Vorschlag zur Vorbereitung des Weihnachtsmarktes 2018 wieder aufgegriffen werden sollte.

Frau Schüler erwähnt eine Radioinformation über den Stralsunder Weihnachtsmarkt. Dieser sei mit 505 Jahren der Älteste in Mecklenburg-Vorpommern.

Herr Hofmann fasst den Rundgang und die Beratung zusammen und kommt zu dem Ergebnis, dass sich der Weihnachtsmarkt von Jahr zu Jahr positiv entwickelt. Er lädt zum Schlendern und Verweilen ein und ist in diesem Jahr strukturierter und ordentlicher angeordnet.

zu 4.2 Sportlerehrung in der Hansestadt Stralsund
Einreicher: Herr Maik Hofmann, als Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport
Vorlage: AN 0074/2017

Herr Hofmann fasst die bisherige Beratung zu diesem Thema zusammen. Durch die Bürgerschaft wurde ein Beschluss gefasst, der den Arbeitsauftrag für den Ausschuss enthält, mit der Verwaltung ein Gremium zu bilden, welches dann die Lösungsvorschläge erarbeitet. Daher bittet er um Vorschläge der Mitglieder.

Herr Tuttlies informiert, dass die Verwaltung diesen Auftrag aufgegriffen und bereits einen Entwurf erarbeitet hat. Dieser wird in den Fachämtern besprochen, vom Rechtsamt geprüft und dann dem Ausschuss vorgelegt.

Herr Tuttlies informiert, dass vorgeschlagen wird, die Erarbeitung einer neuen Satzung zu verwerfen und alle Punkte in die Ehrenbürgerrechtssatzung zu integrieren.

In diesem Zusammenhang erwähnt er auch die Sportehrenordnung, die eine Handlungsanweisung für bestimmte sportliche Ereignisse darstellt. Die Sportehrenordnung ist jedoch nie durch die Bürgerschaft legitimiert worden, daher sollte diese auch nicht um die Sportlerehrung erweitert werden.

Frau Bartel findet den Vorschlag der Bündelung der Ehrungen der Stadtverwaltung gut. Dadurch ist die Arbeit für die Ausschussmitglieder leichter und die geforderte Transparenz ist gegeben.

Herr Tuttlies geht auf den Inhalt des Entwurfes ein. Er erläutert, dass die Punkte 1 bis 3 aus dem Beschluss der Bürgerschaft 2017-VI-05-0632 übernommen wurden.

Allerdings muss über zwei wichtige Aspekte nachgedacht werden. Zum einen plädiert er für die Aufnahme der Paralympics und zum anderen sieht er eine Notwendigkeit in der Überarbeitung der Formulierung „Heimsportstätte“ sowie „im Sportbund der Hansestadt Stralsund organisiert“.

In Bezug auf den Wortlaut „Anbringung im Stadion Kupfermühle“ lässt sich ein Konsens finden. Die Form der Anbringung muss zu einem späteren Zeitpunkt diskutiert werden.

Herr Hofmann stellt fest, dass der Arbeitsauftrag auf einem guten Weg ist und fragt, ob die Planung der gemeinsamen Arbeitsgruppe noch notwendig sei.

Herr Tuttlies sieht keine Notwendigkeit für eine Arbeitsgruppe. Die Verwaltung legt dem Ausschuss zu gegebener Zeit den Entwurf der Satzung zur Diskussion vor und dann kann darüber hinreichend beraten werden.

Herr Philippen merkt an, dass nach dem Satzungsbeschluss konkretere Ideen erarbeitet und umgesetzt werden könnten.

Frau Dibbern fragt, wie die Form der Ehrung aussieht, wie die Thematik erarbeitet wird und ob in dem Zusammenhang Vorschläge gemacht werden.

Herr Tuttlies weist darauf hin, dass die Verwaltung mit dem Bürgerschaftsbeschluss die Aufgabe erhalten hat, die Punkte 1 bis 3 umzusetzen. Dies wurde bereits mitgeteilt. Die Umsetzung des Punktes 5 zur Art der Ehrung wird zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Frau Dibbern interessiert, ob eine Eintragung in das Ehrenbuch erfolgt.

Herr Hofmann merkt an, dass eine Sonderehrung durch den Oberbürgermeister jederzeit möglich ist. Die Stadtverwaltung wird eine Satzung vorlegen.

Er schlägt vor, den Antrag bis dahin zu vertagen.

Die Ausschussmitglieder sind mit der Vorgehensweise mehrheitlich einverstanden.

zu 4.3 Sportförderrichtlinie

Herr Hofmann fasst die bisherige Beratung zu diesem Thema zusammen. Er erfragt den derzeitigen Sachstand zur Nutzung von Sportstätten durch ehrenamtliche Vereine und den Stand von Angeboten des Gesundheitssports, welcher auch bei der Krankenkasse abgerechnet wird.

Herr Tuttlies verdeutlicht, dass es sich hier um ein sehr komplexes Thema handelt. Seine Präsentation im Ausschuss sowie in zwei Fraktionen hat verschiedene Reaktionen ausgelöst.

Herr Tuttlies erläutert, dass es schwierig sei, sich dem Problem zu nähern. Vereine, die Gesundheitssport anbieten, müssten einen Teil ihrer zusätzlichen Einnahmen an die Stadt weiter reichen, was natürlich erst einmal eine Abwehrhaltung verursachen würde.

Ein Argument für die Abwehrhaltung ist, dass viele Vereine präventiven Sport, der sich u.a. mit den Sportförderrichtlinien deckt, anbieten. Aus diesem Grund dürfen die Vereine auch nicht geringer gestellt werden, als z.B. der Vereins-, Leistungs- und Breitensport. Zusammenfassend äußert er, dass es derzeit keine tatsächliche Eingriffsmöglichkeit gibt und deshalb bis zum Jahresende keine Lösung präsentiert werden kann.

Herr Hofmann fragt, ob der Trend zur Verdoppelung der Angebote von Gesundheitssport weiterhin aktuell ist.

Herr Tuttlies bestätigt dies. Der Anteil an Erwachsenensport, im Sinne von Gesundheits- und Präventivsport, ist enorm gewachsen und wird auch weiter ansteigen. Das Gesundheitsbewusstsein der Menschen nimmt bei gleichbleibender Sportstättenanzahl zu. Dadurch verringert sich die Möglichkeit, flexibel mit den Hallenzeiten zu reagieren.

Herr Philippen sieht es kritischer, da die auf Gesundheitssport ausgerichteten Vereine eine Menge Geld generieren. Kleine Vereine, speziell Spartenvereine, finanzieren sich ausschließlich mit den Mitgliedsbeiträgen und müssen diese erhöhen, damit der Verein ausreichend Hallenzeiten bekommt, die dadurch finanziell gedeckt sind.

Es muss aus seiner Sicht eine Gerechtigkeit eingehalten werden.

Auch der Stadtsportbund mit Herrn Weckbach ist in dieses Thema zwingend einzubeziehen.

Herr Hofmann erinnert, dass die Verwaltung einen Lösungsansatz präsentieren wollte, der bisher noch nicht vorliegt.

Das Problem kann nicht behoben werden, wenn nicht kontinuierlich daran gearbeitet wird.

Frau Bartel stimmt den beiden Vorrednern zu und verdeutlicht, dass der Ausschuss und die Bürgerschaft für alle Sportler verantwortlich sind und dieser Verantwortung nachkommen müssen.

Herr Hofmann schlägt vor, dass das Thema nochmals ausführlich in den Fraktionen beraten werden sollte. Anschließend wird sich der Ausschuss dem Thema wieder annehmen.

Herr Hofmann erfragt weiter den Sachstand zur der Umsatzsteuerproblematik bei Herrn Tuttlies.

Dieser teilt mit, dass es Gespräche mit der Steuerberatungsgesellschaft gab, die für die Hansestadt tätig ist.

Positiv ist, dass ungenutzte Hallenzeiten nicht zwingend steuerpflichtig sind.

Des Weiteren gibt es ein gerichtlich anhängiges Verfahren, in dem geklärt werden soll, ob für per Satzung entgeltfreigestellte Nutzergruppen trotzdem eine Umsatzsteuer zu erheben ist. Die Stadtverwaltung hat die Einstellung, dass es keine rückwirkende Nachbesteuerung der Nutzer geben wird.

Für eine zukünftige Erhebung gibt es noch nicht genügend Festlegungen. Daher kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine konkrete Aussage getroffen werden.

Derzeit werden alle Zahlen für alle Sportstätten der Hansestadt Stralsund der vergangenen Jahre zusammen getragen. Sobald dies aufgearbeitet ist, kann man weitere Planungsschritte einleiten.

Herr Schwarz fragt nach, wie das Thema in anderen Kommunen gehandhabt wird.

Herr Tuttlies informiert, dass das Zentrale Gebäudemanagement in Schwerin als Eigenbetrieb geführt wird. Dort erfolgt eine andere Darstellung und eine Umsetzung ist so schneller möglich. Weiter gibt es Kommunen, die nur wenige Sportanlagen betreiben. Diese sind in dem Verwaltungsumfang nicht mit Stralsund vergleichbar.

Beim Landkreis Vorpommern-Rügen ist Herr Tuttlies der Meinung, dass hier die Umsatzsteuer auf die Sporthallengebühr aufgeschlagen wurde.

Herr Hofmann schlägt vor, dass die Verwaltung das Thema erneut auf die Tagesordnung setzt, sobald Beratungsgrundlagen erarbeitet sind.

zu 5 Verschiedenes

Frau Schüler informiert, dass die Kultusministerin die Gymnasien wieder auf Kurssystem umstellen will. Sie möchte wissen, ob dies Auswirkungen auf die Räumlichkeiten in den Schulen haben wird.

Dazu erläutert Frau Bartel den derzeitigen Ist-Stand von Haupt- und Nebenfächern. Sie ist der Meinung, dass mit dem Kurssystem eine andere Aufteilung der Stunden erfolgen wird, diese sich jedoch nicht negativ auf die Raumverteilung auswirken wird.

Herr Tuttlies spricht den heutigen Artikel in der Ostsee-Zeitung zum „Schulzentrum Am Sund“ an und korrigiert die Aussage „Die Finanzierung des Schulzentrums steht“. Dies wurde durch ihn zu keinem Zeitpunkt zugesichert. Die Stadtverwaltung versucht verschiedene finanzielle Mittel für das Projekt zu akquirieren.

Weiter teilt Herr Tuttlies mit, dass die Schülerzahlen vierteljährlich anhand einer Statistik erstellt werden und danach eine Präsentation für zukünftig notwendige Handlungen erarbeitet und vorgestellt werden soll.

Frau Behrendt erinnert, dass die Stadtverwaltung mit der Erarbeitung der Richtlinien für das Ehrenamt beauftragt wurde. Sofern den Mitgliedern des Ausschusses oder den Fraktionen Richtlinien vergleichbarer Städte vorliegen, bittet sie darum, ihr diese zur Verfügung zu stellen.

Weiter gibt sie zur Kenntnis, dass der Antrag auf Aufnahme in das immaterielle Kulturerbe Verzeichnis zum Thema „Wallensteintage“ fristgerecht eingereicht wurde. Der Landeskulturrat entscheidet im März 2018, ob der Antrag an die Kultusministerkonferenz weitergeleitet wird.

Sie informiert weiter, dass am 19.12.2017 die Eröffnung der Kinderbibliothek am neuen Standort Badenstraße 13 stattfindet. Durch den Umzug wird eine Schließung der Kinderbibliothek vom 05. bis 18.12.2017 notwendig sein.

Des Weiteren lädt sie am 19.12.2017 um 17:00 Uhr zur Buchpräsentation „Stralsunder Bücherschätze“ ein.

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Der Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt die Beratungsergebnisse des nichtöffentlichen Teil der Sitzung bekannt.

gez. Maik Hofmann
Vorsitzender

gez. Constanze Schütt
Protokollführung

Titel: Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2018/2019 der Hansestadt Stralsund

Federführung: Amt 20 Kämmereiamt	Datum: 27.11.2017
Bearbeiter: Steinfurt, Gisela	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	07.12.2017	
Ausschuss für Finanzen und Vergabe	12.12.2017	
Ausschuss für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport	13.12.2017	
Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung	04.01.2018	
Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung	10.01.2018	
Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben	11.01.2018	

Sachverhalt:

Nach § 45 Abs. 1 KV M-V hat die Gemeinde für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung zu erlassen. Gemäß § 45 Abs. 2 KV M-V kann die Haushaltssatzung Festsetzungen für zwei Haushaltsjahre, nach Haushaltsjahren getrennt, enthalten.

Mit dem Beschluss der Bürgerschaft 2014-VI-06-0128 vom 04.12.2014 wurde der Oberbürgermeister beauftragt, für die Haushaltsjahre ab 2019/2020 einen Doppelhaushalt zu erstellen.

In der Sitzung der Bürgerschaft am 06.07.2017 ist von Seiten des Oberbürgermeisters mitgeteilt worden, dass die Verwaltung der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund erstmalig einen Doppelhaushalt bereits für die Haushaltsjahre 2018/2019 vorlegen wird.

Der Doppelhaushalt soll der Verwaltung durch das Entfallen des aufwendigen Haushaltsplanaufstellungsverfahrens für das zweite Haushaltsjahr u.a. Zeit verschaffen, die offenen Jahresabschlüsse nach Einführung der Doppik aufzuholen. Die rechtsaufsichtlichen Genehmigungen aktueller und künftiger Haushaltspläne sind abhängig vom Nachweis festgestellter Jahresabschlüsse. Mit einem Doppelhaushalt kann außerdem erreicht werden, dass zu Beginn des 2. Jahres ein beschlossener Haushaltsplan vorliegt und damit eine vorläufige Haushaltsführung vermieden wird. Investitionen können rechtzeitig in Auftrag gegeben und zügig abgearbeitet werden.

Bevor die Bürgerschaft die Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2018/2019 der Hansestadt Stralsund beschließt, sind die vorliegenden Haushaltsplanentwürfe nach § 36

Abs. 2 KV M-V unter Federführung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe in den Ausschüssen der Bürgerschaft zu beraten.

Lösungsvorschlag:

Auf der Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung sowie der Orientierungsdaten des Ministeriums für Inneres und Europa M-V für die Haushaltsplanung 2018 vom 13.10.2017 wurden die Entwürfe der Haushaltssatzungen und der Haushaltspläne 2018/2019 der Hansestadt Stralsund erstellt. Der Haushaltsplanentwurf umfasst folgende Bände:

Band I - Vorbericht, Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt und Stellenplan,

Band II - Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmen,

Band III - Städtebauliche Sondervermögen.

Die Bände I und II werden zur 1. Lesung am 07.12.2017 bereitgestellt. Der Band III wird nachgereicht.

In den darauffolgenden Wochen sollen in den Fraktionen und Ausschüssen der Bürgerschaft intensive und konstruktive Abstimmungen und Diskussionen geführt werden, so dass die Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2018/2019 am 18.01.2018 durch die Bürgerschaft beschlossen werden können.

Alternativen:

Keine sinnvolle

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Entwürfe der Haushaltssatzungen und der Haushaltspläne 2018/2019 werden in die Ausschüsse der Bürgerschaft verwiesen und unter Federführung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe beraten.

Finanzierung:

Durch die Ausführung des vorgeschlagenen Beschlusses entstehen folgende Auswirkungen auf den Haushalt:

Die Erträge/Einzahlungen und Aufwendungen/Auszahlungen werden in den Haushaltssatzungen und Haushaltsplänen 2018/2019 festgesetzt.

-

Termine/ Zuständigkeiten:

Sofort/ Kämmereiamt

Anlage 1 Band I

Anlage 2 Band II

gez. Dr.-Ing. Alexander Badrow

TOP Ö 3.1

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Gremiendienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP : 12.1

Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2018/2019 der Hansestadt Stralsund

Vorlage: B 0073/2017

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Entwürfe der Haushaltssatzungen und der Haushaltspläne 2018/2019 werden in die Ausschüsse der Bürgerschaft verwiesen und unter Federführung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe beraten.

Beschluss-Nr.: 2017-VI-09-0721

Datum: 07.12.2017

Im Auftrag

Kuhn

TOP Ö 3.1

Auszug aus der Niederschrift über die 11. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport am 13.12.2017

Zu TOP : 3.1

Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2018/2019 der Hansestadt Stralsund

Vorlage: B 0073/2017

Frau Steinfurt informiert, dass die Bürgerschaft im Jahr 2014 den Beschluss fasste, ab dem Haushaltsjahr 2019/20 einen Doppelhaushalt vorzulegen. Dieser Beschluss wurde nun vorzeitig erfüllt, da im Jahr 2019 die Kommunalwahl ansteht und man somit die neue Bürgerschaft nicht mit dem ersten Haushalt schon gebunden hat.

Weiter werden in der Verwaltung Kapazitäten frei, da ein 2. Haushaltsaufstellungsverfahren entfällt. Mit den frei werdenden Kapazitäten kann die Nachholung der Jahresabschlüsse begonnen werden.

Sie macht weiter deutlich, dass im zweiten Haushaltsjahr die vorläufige Haushaltsführung entfällt.

Zum vorliegenden Stellenplan erläutert sie, dass hier die Strukturänderungen der Verwaltung eingearbeitet wurden.

Weiter stellt Frau Steinfurt klar, dass bisher die Bände 1 und 2 vorliegen. Am Band 3 „Städtebauliches Sondervermögen“ wird derzeit noch gearbeitet.

Obwohl das neue Finanzausgleichsgesetz noch nicht beschlossen wurde, sind mit Hilfe des Orientierungserlasses des Innenministeriums alle notwendigen vorläufigen Zahlen zu Grunde gelegt worden.

Die Schlüsselzuweisungen steigen in den nächsten Jahren, dafür steigt jedoch auch die Kreisumlage, die die Hansestadt Stralsund zu begleichen hat.

Frau Steinfurt informiert, dass 2020 das Solidarpaket vom Bund ausläuft. Es werden jedoch weitere Zuweisungen vom Bund erfolgen.

Sie merkt an, dass es derzeit vielfältige Fördertöpfe gibt, die teilweise sehr unübersichtlich sind und es für jeden Einzelnen verschiedene Antragswege gibt. Dies soll in den kommenden Jahren vereinfacht werden. In diesem Bezug macht sie auf den Unterhaltungsrückstau aufmerksam, der nur durch verschiedene Förderungen aufgeholt werden kann.

Zum Ergebnishaushalt stellt sie klar, dass dieser ausgeglichen sein wird.

Der Saldo des Finanzhaushaltes wird positiv sein, aber es gilt die Tilgung zu beachten, die Fehlbeträge von 1,8 Mio. € im Jahr 2018 sowie 1,7 Mio. € im Jahr 2019 verursachen.

Die mit dem Land geschlossene Konsolidierungsvereinbarung läuft im Jahr 2017 aus. Die in Aussicht gestellten Finanzzuweisungen in Höhe von 10 Mio. € bei Erreichen des Konsolidierungszieles werden erst vollständig ausgereicht, wenn die fehlenden Jahresabschlüsse vorliegen.

Es wird versucht, in den nächsten Jahren einen Haushaltsausgleich zu schaffen, auch wenn er in der Planung 2018 noch nicht vorgelegt werden konnte.

Das Investitionsvolumen beträgt ohne städtebauliches Sondervermögen im Jahr 2018 26,5 Mio. € und im Jahr 2019 19,7 Mio. €. Mit dem dazugerechneten städtebaulichen Sondervermögen sind es dann 33,0 Mio. € in 2018 und 26,4 Mio. € in 2019.

Alle Investitionen werden weiter ohne Kreditneuaufnahmen aber mit großzügigen Förderungen möglich sein. Weiter wurde vom Innenministerium eine Sonderbedarfzuweisung in Höhe von 2,5 Mio. € zugesagt.

Die Verschuldung wird weiter abgebaut. Im Jahr 2008 lag diese bei 119,7 Mio. €. Im Jahr 2019 werden diese bei 80,5 Mio. € aus Investitionsvolumen liegen.

Frau Steinfurt informiert über die Investitionen zur Sanierung der Ferdinand-von-Schill-Schule. Diese wird aus Städtebaufördermittel und Eigenmittel finanziert. Weitere Projekte sind die Orgel in der Kulturkirche, die Schaffung der Barrierefreiheit im Stralsund Museum, der Freizeitbereich an der Sundpromenade, der Beginn des Baus des Stadion Kupfermühle, die Sanierung der Futterküche und der Umbau des Südamerikahauses im Zoo Stralsund und der Erneuerung des Schulgebäudes, der Sporthalle und der Außenanlagen der Grundschule Juri-Gagarin.

Frau Steinfurt informiert, dass im Haushaltsjahr 2017 die Einnahmen aus Steuern erstmals über dem Planansatz liegen. Daher sind die Ansätze für die kommenden Jahre auch erhöht worden.

Zur Kulturabgabe teilt Frau Steinfurt mit, dass diese nunmehr im Bereich Steuern eingeordnet wurde. Der Planansatz ist bei 550T € angesetzt.

Die freiwilligen Ausgaben sind weiter auf dem Niveau der Vorjahre eingeplant worden. Darin enthalten sind Zuschüsse an Kultureinrichtungen, sowie Zuschüsse im sozialen Bereich. Auch die Zuschüsse an das Theater steigen weiter an. Neu geplant ist ein Zuschuss an die Kulturkirche St. Jacobi in Höhe von 20T €

Bei den Sach- und Dienstleistungen ist ein stetiger Anstieg zu verzeichnen. In der Planung sind die Erhöhungen berücksichtigt worden. Weiter stellt sie klar, dass der große Sanierungsstau weiter aufgeholt werden muss. Daher sind hier für verschiedene Projekte an der Marie-Curie-Schule, an der Adolf-Diesterweg-Schule, der Kita Lütt Matten, dem Theater, dem Marinemuseum und den Sporthallen Sporthalle Rosa-Luxemburg und Brunnenau Gelder in den Haushalt eingestellt worden. Weiter muss ein Austausch von Rauchmeldern in verschiedenen Verwaltungsgebäuden erfolgen.

Frau Steinfurt geht weiter auf die Anpassungen bei Gebührenentgelten ein. Im Stralsund Museum sind die Entgelte gesenkt worden, da dort weiter saniert wird und somit für den Besucher nicht immer die ganze Ausstellung zur Verfügung steht. Im Zoo sind die Einnahmen gestiegen, daher konnten dies in den Planungen für die nächsten Jahre ebenso berücksichtigt werden. Bei der Musikschule wurde die Planung reduziert, da es auch weiterhin keine geänderte Gebührenordnung gibt.

Im Stellenplan waren im Jahr 2017 608 Planstellen ausgewiesen. Im Plan 2018 werden es 603 Planstellen sein.

Die Schwerpunkte für die nächsten Jahre sind die Erstellung der Jahresabschlüsse ab dem Jahr 2011. Der erste fertige Jahresabschluss soll Anfang 2018 dem Rechnungsprüfungsausschuss übergeben werden.

Frau Bartel erfragt, ob es im Haushalt Veränderungen von Stellenbesetzungen gibt, die den Ausschuss betreffen.

Dazu führt Frau Wolle aus, dass in der neuen Abteilung Kultur und Öffentlichkeitsarbeit die Stellen Kulturmanagement und Social-Media- und Online-Redaktion geschaffen wurden. Bei der zweiten Stelle handelt es sich nur um eine Umwidmung.

Die Besetzung einer Stelle im Marinemuseum erfolgte schon in diesem Jahr.

Frau Steinfurt ergänzt, dass in der Verwaltungsbibliothek eine Stelle entfallen ist.

Auf Nachfrage von Frau Fechner verdeutlicht Frau Steinfurt, dass es sich im Marinemuseum um eine neue Stelle handelt. Weiter werden dort im kommenden Jahr Unterhaltungsmaßnahmen durchgeführt.

Herr Pagels präzisiert, dass im Haus 12 eine Komplettsanierung des Daches für 20T € geplant ist. Weiter werden kleinere Maßnahmen, wie die Erneuerung des Zaunes und die Verbesserung der technischen Überwachung durchgeführt. Die Gesamtkosten werden sich auf insgesamt 40T€ unter Vorgabe der Denkmalpflege belaufen.

Frau Wolle ergänzt, dass die Stelle im Marinemuseum die Besucherbetreuung umfasst.

Herr Philippen ist der Meinung, dass nicht mehr Förderung vom Land in den kommenden Jahren zu erwarten ist. Trotzdem sieht die Haushaltsplanung positiv aus.

Er fragt, welche Meinung die Hansestadt zu den städtischen Gesellschaften und deren Gewinnanteile hat.

Dazu führt Frau Steinfurt aus, dass die Gewinnanteile in den nächsten Jahren in der Planung reduziert wurden. Die Gewinnanteile der SWG wurden jedoch erhöht.

Im investiven Bereich wurde viel mit Fördermitteln geplant, die natürlich unsicher sind.

Herr Philippen erfragt, wie es sich mit dem Investitionsstau verhält und ob die Planungen realistisch angesetzt sind. Er verweist auf die gestiegenen Baupreise.

Dazu verdeutlicht Herr Tuttlies, dass alle Planansätze auch notwendig sind und die Maßnahmen zwingend durchgeführt werden müssen.

Herr Tuttlies fasst zusammen, dass alle Verwaltungsgebäude in saniertem Zustand sind. Für das Gebäude Heilgeiststraße ist die Erneuerung der Fenster eingeplant.

Bei den Grundschulen muss die Schule in Andershof mit laufenden Unterhaltungen verbessert werden.

Bei den Kultureinrichtungen bleibt der 2. Abschnitt im Stralsund Museum und das Johanniskloster, welche noch saniert werden müssen.

Dafür liegen Konzepte vor.

Bei den Sozialeinrichtungen handelt es sich um Kindergärten und Horte, die teilweise saniert werden müssen. Dafür gibt es Überlegungen, wann welche Gebäude geplant werden, um letztlich bei der laufenden Unterhaltung anzugelangen.

An Masse liegt der größte Sanierungsstau bei den Sportstätten. Der Planansatz im Jahr 2018 ist hier auf dem Niveau von 2017 geblieben.

Herr Philippen erfragt, ob der Stellenplan ausreichend für die Bereiche Amt 20, 40 und 70 ist.

Frau Steinfurt verdeutlicht, dass es derzeit schwierig ist, geeignetes Personal zu finden.

Durch die jahrelange Belastung ist die Fluktuation sehr hoch.

Bei internen Ausschreibungen nimmt ein Amt dem anderen das Personal weg.

Für die Neueinführung der Umsatzsteuer müssen neue Planstellen geschaffen werden.

Hierfür wird spezielles Personal benötigt.

Herr Tuttlies teilt für seinen Bereich mit, dass es keine „KW“-Vermerke und keine neuen Stellen geben wird. Weiter erfolgt eine Aufgabenverdichtung in vielen Bereichen.

Auf die Nachfrage von Frau Dibbern erläutert Frau Steinfurt, dass die Konsolidierungsvereinbarung im Jahr 2014 in Höhe von 10,5 Mio. € geschlossen wurde. Es war festgehalten, dass im Zeitraum 2014 bis 2017 verschiedene Teilziele zu erreichen sind, um die Auszahlung zu erhalten.

Da das Ziel der abgeschlossenen Jahresabschlüsse nicht vorliegt, werden die Gelder vorerst nicht ausgereicht.

Frau Wolle ergänzt, dass das Personal die Öffnungszeiten abdeckt. Der Aufsichtsdienst in den Museen erfolgt über externe MAE-Maßnahmen und Bufdi-Stellen. Planstellen werden

bei aktuellen Bedarfen beantragt. Auch im diesem Bereich wird eine Aufgabenverdichtung vorgenommen.

Herr Hofmann stellt den Antrag, die Vorlage bis zur Sitzung am 16.01.2018 zu vertagen.

Er lässt über den Antrag abstimmen:
Abstimmung: einstimmig zugestimmt

Die Vorlage wird in der Sitzung am 16.01.2018 erneut beraten.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Constanze Schütt

Stralsund, 20.12.2017

TOP Ö 3.1

Auszug aus der Niederschrift über die 09. Sitzung der Bürgerschaft am 07.12.2017

Zu TOP : 12.1

Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2018/2019 der Hansestadt Stralsund

Vorlage: B 0073/2017

Herr Meier dankt der Verwaltung, dass der Doppelhaushalt 2018/2019 zur ersten Lesung vorliegt. Er bittet der Verweisung in die Ausschüsse zuzustimmen.

Herr Paul lässt über die Verweisung der Vorlage B 0073/2017 in die Ausschüsse zur Beratung wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Entwürfe der Haushaltssatzungen und der Haushaltspläne 2018/2019 werden in die Ausschüsse der Bürgerschaft verwiesen und unter Federführung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe beraten.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2017-VI-09-0721

für die Richtigkeit der Angaben: gez. Kuhn

Stralsund, 15.12.2017

TOP Ö 3.1

Auszug aus der Niederschrift über die 17. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe am 12.12.2017

Zu TOP : 3.1

Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2018/2019 der Hansestadt Stralsund

Vorlage: B 0073/2017

Herr Meier schlägt vor, die einzelnen Teilhaushalte auf die Mitglieder aufzuteilen. Eine abschließende Beratung sollte dann in der Sitzung im Januar erfolgen.

Herr Kinder erfragt, ob es zukünftig immer einen Doppelhaushalt geben wird, da der Grund der Aufarbeitung der fehlenden Jahresabschlüsse irgendwann entfällt. Weiter fragt er nach möglichen Nachteilen für diese Vorgehensweise.

Dazu informiert Frau Steinfurt, dass es zukünftig weiter sinnvoll wäre, dieses Verfahren beizubehalten. Es setzt auf breiter Ebene Kapazitäten frei. Wie der Ausgang des ersten Doppelhaushaltes ist, lässt sich nicht vorhersagen. Bei unvorhergesehenen Dingen müsste ein Nachtragshaushalt erarbeitet und beschlossen werden.

Herr Meier ergänzt, dass jedes Jahr zum Jahresende für die Verwaltung und auch für die Mandatsträger der große Aufwand um den Haushalt entsteht. Dieses würde im zweiten Jahr entfallen. Weiter hätten die Mandatsträger in zwei Jahren mehr Zeit, sich intensiver mit dem sehr umfangreichen Haushalt auseinander zu setzen.

Für das künftige Haushaltsjahr 2019 hat die Bürgerschaft jetzt auch die Möglichkeit genauer hinzuschauen und im Zweifel gegenzusteuern.

Frau Steinfurt ergänzt, dass die Bürgerschaft im Jahr 2014 den Beschluss gefasst hat, ab dem Haushaltsjahr 2019/2020 einen Doppelhaushalt aufzustellen. Dieser Beschluss wird nun vorzeitig umgesetzt. Weiter macht sie deutlich, dass viele andere Städte im Land und auch das Land Mecklenburg-Vorpommern einen Doppelhaushalt aufgestellt und beschlossen haben.

Abschließend weist sie darauf hin, dass für das 2. Haushaltsjahr die vorläufige Haushaltsführung entfallen würde.

Herr R. Kuhn informiert, dass am 11.12.2017 der Landkreis Vorpommern-Rügen seinen Haushaltsplan verabschiedet hat. Da die Höhe der Kreisumlage gesenkt wurde, möchte er wissen, ob sich dies positiv auf die Kreisumlage der Hansestadt Stralsund auswirkt.

Frau Steinfurt erläutert, dass die Kreisumlage nicht weniger werden muss, wenn der Umlagesatz gesenkt wird. Die Basis der Berechnungen sind die Umlagegrundlagen. Durch eine gehobene Steuerkraft erhöht sich die Steuerkraftmesszahl. Weiter verändert sich mit dem Entwurf des neuen Finanzausgleichsgesetzes die Berechnung der Umlagegrundlagen. Daraus entstehen höhere Schlüsselzuweisungen und eine Erhöhung der Umlagegrundlagen. Dies bedeutet eine Erhöhung der Kreisumlage in den nächsten Jahren um 1 Mio. von 2017 zu 2018 und um 2,4 Mio. zu 2019.

Auf die Nachfrage von Herrn Kinder erläutert Frau Steinfurt, dass die Nachteile in unvorhersehbaren Dingen wie Naturkatastrophen oder nicht planbaren Dingen liegen könnten. Durch festgesetzte Wertgrenzen ist vorgeschrieben, ob ein Nachtrag zu erarbeiten ist.

Herr van Slooten merkt an, dass ein Doppelhaushalt innerhalb einer Legislaturperiode liegen sollte.

Weiter verdeutlicht er, dass durch die Bürgerschaft jederzeit eingegriffen werden kann, sobald sich eine Handlungsnotwendigkeit ergibt.

Die Mitglieder einigen sich auf die nachstehende Aufteilung:

Teilhaushalt 01 Verwaltungssteuerung	-	Herr Meier
Teilhaushalt 02 Hauptamt	-	Herr Meier
Teilhaushalt 03 IT-Abteilung	-	Herr Quintana Schmidt
Teilhaushalt 06 Wirtschaftsförderung	-	Herr Schlimper
Teilhaushalt 07 Soziale Hilfen	-	Herr van Slooten
Teilhaushalt 08 Kinder- und Jugendförderung	-	Herr Hölbing
Teilhaushalt 09 Kulturelle Einrichtungen	-	Herr Hölbing
Teilhaushalt 10 Schulverwaltung und Sport	-	Herr Kuhn
Teilhaushalt 11 Liegenschaften	-	Herr Pieper
Teilhaushalt 12 Kämmereiamt	-	Herr Pieper
Teilhaushalt 13 Ordnungsamt	-	Herr Quintana Schmidt
Teilhaushalt 14 Planung, Denkmalpflege und Bauaufsicht	-	Herr Kinder
Teilhaushalt 15 Straßen- und Stadtgrün	-	Herr Quintana Schmidt
Teilhaushalt 16 Zentrales Gebäudemanagement	-	Frau Lewing
Teilhaushalt 90 Zentrale Finanzdienstleistungen	-	Herr Schlimper
Stellenplan	-	Herr Meier

Frau Steinfurt bittet um rechtzeitige Zuarbeit von Fragen an das Kämmereiamt. Von da erfolgt die Verteilung innerhalb der Verwaltung.

Die Mitglieder einigen sich einstimmig auf die Vertagung der Vorlage bis zur nächsten Sitzung am 09.01.2018.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Constanze Schütt

Stralsund, 14.12.2017